



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühren. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Dem Frühling entgegen!

In einer großen Versammlung von Arbeiterinnen unseres Verbandes wurde vor einigen Tagen die Frage, wie es denn nun bald besser werden könne, sehr lebhaft erörtert. Daß wir aus dem Holz heraus müssen und können, war jeder Kollegin klar, darüber wurden nicht viel Worte verloren, auch darüber bestand einmütige Auffassung, wer uns so tief in das Elend hineingebracht hat; einig tonste man sich nur nicht sogleich werden über den besten und kürzesten Ausweg. Da sagte eine noch junge Kollegin, ja was wollt ihr denn, wir sind doch bereits auf gutem Wege oder bestreitet jemand, daß die schlechtesten Wochen hinter uns liegen und das heute wenn nicht gut doch immerhin besser als das Gestern ist. Damit meinte sie nicht, die wirtschaftliche Lage sei nun schon besonders günstig geworden, aber Aussichten wären zu einer Besserung vorhanden, auf die rüstig hingearbeitet werden müsse. Der Ausgang der Versammlung bewies, daß die Kolleginnen wußten, was zu tun ist, sie gingen mit dem festen Gelübde auseinander, in ihren Kreisen kräftig Hand ans Werk zu legen.

Und darauf kommt es an. Trägheit und Leistungslosigkeit müssen verschwinden, neues Leben muß geweckt werden, wenn wir vorwärts kommen wollen. Wer wollte es leugnen, daß während des langen bösen Winters sich eine gewisse Gewerkschaftsmüdigkeit gezeigt hat, die glücklicherweise jetzt überwunden ist. Die alte dumme Lebensart, es hat ja doch keinen Zweck, findet leicht gebantlose Nachbeter und gar zu gerne plappern diejenigen das Wort nach, denen Nachdenken Kopfschmerzen macht. Es dauert aber nie lange, da merken sie, wie einseitig sie gewesen sind. Und dieser Zeitpunkt ist gekommen. Sie haben Winterschlaf gehalten und sind nun aufgewacht.

Aus den Zusammenkünften der Mitglieder in jüngster Zeit kann man erkennen, daß es dem Frühling entgegengeht. Feste Zuversicht und Kampfeswillen merkt man allerorten. Daß sich hier und da noch jemand im Halbschlummer so zwischen Schlafen und Wachen befindet und ungereimtes Zeug redet, ist verständlich. Nicht alle Menschen stehen zu gleicher Zeit auf, welche wollen lange geweckt ein, bis sie munter werden. Einige waren durch Schicksalsschläge im wirtschaftlichen Kampf so betäubt, daß man sie für tot halten konnte. Auch bei ihnen zeigt sich wieder Leben und Bewegung, sie kommen langsam zu sich. Alles empfindet den wirtschaftlichen Frühling, der uns neue Kräfte zuführt.

Die neuen frischen Kräfte müssen nun richtig angewendet werden. Das ist gewiß nicht einfach und erfordert gute Ueberlegung und einen weiten Blick für die Erfordernisse der Zeit. Nicht überall sind diese Eigenschaften vorhanden oder genügend durchgebildet. In einer Zahlstelle unseres Verbandes erörtert man seit geraumer Zeit einen „Fall“, sagen wir den „Fall Meier“. Damit werden Vorstandsfunktionen und Mitgliederberatungen so gründlich ausgefüllt, daß Zeit für andere weniger wichtige Dinge nicht mehr übrig bleibt. Wer andere nicht so weltbewegende Gegenstände wie Lohnregelung, Tarifbewegung, Beitrags- oder Hausausstatterangelegenheiten zur Aussprache bringen will, wird erstaunt angesehen, da der „Fall Meier“ ja noch nicht erledigt ist. Alle guten Kräfte nimmt dieser fürchterliche „Fall“ in Anspruch, viel Reden werden darüber gehalten und viel Tinte verschrieben und eines Tages — „Fall Meier“ drückt immer noch wie ein Alp auf alle guten Geister — merkt man, daß die Mitglieder das Beitragszahlen in ihrer Aufregung schon seit Wochen vergessen haben. So wird diese über die Mahnen ausgebaute Angelegenheit persönlicher Wert nun endlich verschwinden, da es niemanden mehr gibt, der sich damit beschäftigen kann. Glaube ja niemand, daß dieser Vorgang so vereinzelt dasteht, viele Orte und Betriebe haben ihren „Fall Meier“, manchmal heißt er auch Meier contra Lehmann, nur braucht er nicht stets so für die Allgemeinheit schädigende Folgen haben. Schaden richtet er allerdings immer an.

Wir können uns jetzt und überhaupt nie den Luxus einer Kräfteverschwendung gestatten und haben

mit un'ern Mitteln weise hauszuhalten. Die zurückliegenden schweren wirtschaftlichen Kämpfe haben ein übermütiges Unternehmertum geschaffen, das uns auch in den kommenden Tagen arg zusehen wird. Der Streit um die Arbeitszeit und Entlohnung ist endgültig nicht ausgetragen, wir werden da noch manchen Tanz mit den Unternehmern riskieren müssen. In den Versammlungen spielt jetzt die Lohnfrage die Hauptrolle, da die bestehenden Lohnsätze durchaus eine merkwürdige Aufbesserung betragen können. Aussichten auf Erfüllung unserer Forderungen sind nur vorhanden, wenn unsere gewerkschaftlichen Machtmittel ausreichend sind. Wodurch sind denn die Unternehmer so zu Kräften gekommen und woher haben sie den Mut genommen, Anträge an unsere Vertreter zu stellen, die eine Beleidigung für die Arbeiterschaft waren? Einmal sind es die günstigen Zeitumstände gewesen, die für sie gearbeitet haben und die sie gut auszunützen verstanden, dann liegt aber auch ein Teil Schuld bei der Arbeiterschaft selbst, die mit ihren Kräften nicht immer gut gewirtschaftet hat. Wir haben also vorichtig zu operieren, damit nicht Rückschläge eintreten, die bekanntlich schwer zu beiräumen sind und doppelte Anstrengung kosten. Die andere Seite ist gut gerüstet und wartet nur darauf, daß wir zur unredlichen Zeit einen Vorstoß wagen, den sie dann sicher abfangen und zurückschlagen kann, um ihrerseits zum entscheidenden Schlag auszuholen. Wir dürfen nicht übersehen, daß wir erst im Vorfrühling sind und der weiterwärtige April noch vor der Tür steht, der erst vorübergehen muß, bevor es Mai werden kann.

Die Unternehmer sind eigentlich um ihre Träume zu beneiden. Auch sie wittern Frühlingsluft und hoffen, mit den bösen Gewerkschaften bald ausgeräumt zu haben. Sie träumen sich in die gute alte Zeit zurück, da ihre Arbeiter in voller Abhängigkeit vom Fabrikherrn waren. Weil es ihnen gelungen ist, einige ängstliche Seelen einzuschüchtern, sehen sie sich schon am Ziel ihrer Wünsche und haben es übrigens dank ihrer reichen Mittel verstanden, den braven Speißbürger, dem ein geruhiges Leben am Bierisch über alles geht, gegen die organisierte Arbeiterschaft einzunehmen. Die sogenannte große Offenlichkeit, die von den kapitalistischen Zeitungsverlegern gemacht wird, ist bestimmt gegen uns und dumme Arbeiter tragan dazu bei, daß die Besitzer der großen Inseratenplatten ihren Profit vermehren können. Hier liegt auch ein Arbeitsfeld für Klassenbewußte Arbeiter, auf dem Erfolge zu erzielen sind. Was die Standa- und Lokalanzeigerpresse, auf die die Leser nicht den geringsten Einfluß haben, für Unheil angerichtet hat, werden wir in einigen Wochen erleben. Und trotzdem werden sich die Unternehmer samt ihren Trabanten, die doch schon seit Jahrzehnten mit den gewagtesten Mitteln die Arbeiter und ihre Organisationen bekämpfen, zu Tode siegen. Bei diesem Kampf kommt es auf Ausdauer und Beharrlichkeit an, daneben müssen Opfer und nicht geringe für die Sache gebracht werden und wer darin das Beste leistet, ist gar keine Frage, die Unternehmer jedenfalls nicht, denen es nur um den Profit geht.

Die Erstarkung und der zunehmende Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse bereitet den Unternehmern großes Unbehagen und sie sind auf einen pflanzlichen Einfall gekommen, die Gewerkschaften überflüssig zu machen. Sie wollen sich wieder einmal der Betriebsräte bedienen, mit denen sie „Berichtsvereinbarungen“ abzuschließen versuchen. Nach dem Betriebsrätegesetz ist eine solche Regelung formell zulässig. Die „Gewerkschaftszeitung“ sagt dazu:

„Der Betätigung eines selbstbewußten Betriebes sind also durch Gesetz keine Schranken gezogen. Derselbe kann sich als Gewerkschaftsersch aufspielen. Darauf spekulieren die Unternehmer. Allerdings geben noch Artikel 165 Abs. 1 der Reichsverfassung, § 1 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 und § 8 des Betriebsrätegesetzes die Gewerkschaften und die Tarifverträge den Betriebsräten und den Betriebsvereinbarungen immer vor. Aber Gewerkschaften und Tarifverträge möchten die Unternehmer, wenn es irgend geht, ausschalten und sich dafür der Betriebsräte und der Betriebsvereinbarungen bedienen. Betriebsvereinbarungen

sind zwar nur dispositives Recht, sie gehen nicht automatisch und unabhängig in den Einzelvertrag ein, sondern der Unternehmer kann noch schlechtere Bedingungen mit dem einzelnen Arbeitnehmer vereinbaren, aber allein schon zum Abschluß einer guten Betriebsvereinbarung überhaupt ist auf Arbeitnehmerseite eine Macht erforderlich, welche eben eine Betriebsvertretung niemals darstellen kann.“

Also aufgepaßt, daß nicht etwa ein ganz Schläuer einem pfiffigen Unternehmer ins Garn geht. „Alle diese Versuche müssen aber scheitern, wenn die Betriebsräte und die Belegschaften nicht darauf hineinfliegen. Die Kraft der Arbeitnehmer liegt nicht in ihren Betriebsräten, sondern in ihren Gewerkschaften. Eine Gewerkschaft ist nicht die Vereinigung der Angehörigen eines Betriebes, sondern die Zusammenfassung eines ganzen Berufes oder einer ganzen Industrie. „Teile und herrsche“, ist der Grundsatz der Unternehmer, „einer für alle und alle für einen“ ist der Grundsatz der Arbeitnehmer.“

Wir dürfen in der Aufmerksamkeits und in unserer Arbeit nicht nachlassen oder gar annehmen, die Zeit arbeitet auch ohne unser Zutun für uns. Wenn es wirklich Frühling werden soll, müssen wir uns munter bewegen und den lieben Mitmenschen, der noch schläft, kräftig wachschütteln.

## Zur Wirtschaftslage.

Der Reichstag ist aufgelöst. Als Wahltag ist der 4. Mai bestimmt worden. Hier, wo wir unter Ausschaltung der politischen Gesichtspunkte nur die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge untersuchen, müssen wir auf die entscheidende Wichtigkeit der neuen Wahlen in erster Linie für die Reparationsfrage hinweisen. Die französische Reaktion der Militaristen und der Schwerindustrie erhofft die baldige Wahrung der deutschen Wahlen und den Sieg der deutschen Reaktion. Indem die unglückliche Entwicklung der letzten Jahre breite Massen der Bevölkerung der reaktionären Demagogie in die Arme getrieben hat, ist die Verärgerung, ja der Sieg der politischen Reaktion bei den Wahlen eine nicht von der Hand zu weisende Möglichkeit. Dieser Sieg würde aber gleichzeitig den Wahlsieg der französischen Reaktion mit sich bringen mit all den verhängnisvollen Folgen für die Reparationsfrage. Der Briefwechsel zwischen MacDonald und Poincaré hat zur Klärung des Reparationsproblems nichts beigetragen; das Gutachten der Sachverständigen steht noch aus, und nun drohen die Wahlen mit neuen unübersehbaren Komplikationen.

Das Wirtschaftsleben zeigt an vielen Stellen eine Belebung, Abnahme der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Kohlenproduktion im Ruhrgebiet dürfte jetzt etwa 60 Prozent der Friedensproduktion erreicht haben, die Stahl- und Eisenerzeugung einiger Großtönerne gegen die Hälfte der Vorkriegserzeugung. Die Textilindustrie ist sehr gut beschäftigt. Nur die Bauwirtschaft und der Automotivbau liegen darnieder. Der Export ist immer noch unterbunden. Die Leipziger Messe zeigt, daß die deutschen Waren ausenständig noch nicht wieder konkurrenzfähig am Weltmarkt sind; ausländische Bestellungen sind dort erst in geringem Maße gestattet worden. Die Herabsetzung der Reparationsabgabe an England auf die nach England ausgeführten Waren von 25 auf 5 Proz. dürfte belebend auf die Absatzverhältnisse wirken.

Außer dem französischen Ausbeutungssystem im Ruhrgebiet steht der Belebung der Produktion ein anderes Element im Wege, und dies ist die geradezu ungeheure Geldknappheit. Die Verlangung der Wirtschaft mit Rentenmarktfrediten kann dieser nicht genügen; da diese Kredite in ihrem Umfang beschränkt sind. Die mit Hilfe des ausländischen Kapitals bald zu errichtende Goldtreibbank dürfte die Kreditbasis erweitern und gleichzeitig auch die Devisendeckel der Wirtschaft ausbilden. Denn die gehemmten Devisen mußten infolge der Geldknappheit im großen Maß zum Vorfein kommen und zur Begleichung der Einfuhr verwendet werden. (Das hohe Preisniveau in Deutschland hat die Einfuhr von Lebensmitteln sehr gefördert; im Ruhrgebiet wurde außerdem viel französische Wurstware eingebracht.) Die von den Banken geforderten Zinssätze sind empfindend hoch und voll kommen unbedeutend. Sie leiten die von der Reichsbank mit 10 Proz. erhaltenen Kredite (dies an sich schon ein außerordentlich hoher Zinssatz) mit 25 Proz. und oft noch viel höherem Zinssatz weiter und nützen so den Geldmanaal zu ihrer Bereicherung aus. Der Volkswirtschaft können sie aber den größten Schaden zu; die unterdrückten hohen Zinssätze verteuern die Produktion und verhindern ihre Erweiterung. Die Löhne werden mit Hinsicht auf die verteuerten Herstellungskosten herabgesetzt; der Arbeiter als Verbraucher bezahlt die hohen Preise, die inländische Kaufkraft wird eingeschränkt. Auf der anderen Seite zahlen die Banken für die Einlagen keine entsprechenden Zinsen; die Spargelder werden

daher zurückgehalten, die Pesten stehen noch auf einem verschwindend niedrigen Stand und so wird die Geldknappheit gesteigert.

Die Lage der Landwirtschaft hat sich etwas gebessert. Allerdings haben die ihr jetzt reichlicher zufließenden Rentenmarktreise die Gelammene der zur Verfügung stehenden Kredit sehr angegriffen. Die Landwirtschaft erhält jetzt fast auf acht Monate Kredit, was im Interesse der Ernte zwar unermesslich war, schließlich aber zur weiteren Verengung des Geldmarktes führt. Die Agitation für landwirtschaftliche Schatzkölle wird weiter betrieben und voraussichtlich bei der Wahlpropaganda eine große Rolle spielen. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zeigen eine steigende Tendenz.

Auch im allgemeinen scheint der Preisabbau sein Ende erreicht zu haben. So, es droht eine neue wesentliche Werteverminderung vieler wichtiger Artikel. Eine Reihe von ausländischen Rohstoffen verkehrte sich auf den Weltmärkten und wird voraussichtlich weiter noch in Preise steigen, und dieser Umstand muß sich in gesteigerten Preisen der deutschen Fertigprodukte auswirken.

Die Finanzlage des Reiches läßt sich immer noch nicht klar überblicken. Im Monat Februar gab es ein sehr hohes Defizit — 133 Millionen Geldmark — im März werden dem Reich zwar große Einnahmen zufließen, so daß dieser Monat einen Ueberschuß bringen dürfte; da aber die im Monat März zu erwartenden Einnahmen der Reichskasse aus einmaligen Abgaben zufließen werden, ist die weitere Gestaltung der Staatsfinanzen vollkommen ungewiß; zu einer opt. mäßigen Beurteilung der Aussichten ist kein Grund vorhanden; es sei denn, daß inzwischen eine ausländische Anleihe bewilligt wird. Dies dürfte aber die Regelung der Reparationsfrage voraussetzen.

Der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist ein weiterer Schritt zur Wiedereinrichtung Deutschlands in die Weltwirtschaft. Der Vertrag sieht eine Meißbenutzungskauf ohne Nebenbedingung vor und wird deshalb zur Erleichterung des wirtschaftlichen Verkehrs mit Amerika beitragen. Bisher gelang es Deutschland nur mit dem kleinen Portual einer ähnlichen Vertrag abzuschließen. Tsch seiner schlechten Wirtschaftslage stand Deutschland unter den Abnehmern der Vereinigten Staaten im Jahre 1923 noch Großbritanniens an zweiter Stelle.

Während es der deutschen Wirtschaft weiter schlecht geht, erweitert sich ein neues Zeitalter in ein neues Gebiet. Nach der Glasindustrie ist es jetzt in das Bergbauwesen (durch Erwerbung der Aktien des „Nordstern“-Konzerns), in die Filmindustrie (durch Gründung eines Trusts zur Verwertung der Filme verschiedener Filmgesellschaften) eingedrungen. Er erweiterte seinen Marktbereich in der Elektrizitätsindustrie und konnte große Gelände im Saargebiet, um dort verschiedene Werke zu errichten.

Die soziale Krise hat an Schärfe nicht verloren. Noch immer versuchen die Unternehmer Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen zu erzwingen. Und stets da haben sie den größten Erfolg, wo die Arbeiterchaft die Organisationskraft verneinend überkaufen unterlassen hat. Gegen die soziale Reaktion müssen wir uns in den Gewerkschaften und bei den kommenden Wahlen fest zusammenschließen.

## Natürliche und unnatürliche Gegner der freien Gewerkschaften.

Gegner der freien Gewerkschaften hat es immer gegeben, von ihren bescheidensten Anfängen an. Ihr natürlicher Gegner war zuerst der einzelne Unternehmer, in der Weiterentwicklung das in mächtigen Kartellen zusammengefaßte Großkapital, das durch fortgesetztes Berennen den stetig wachsenden Aufbau der Gewerkschaften zu zerrüttern suchte. Die Gewerkschaften sind im Kampfe mit Unternehmern willfährig und Herrenmenschen erobert und mächtig geworden; trotzdem die Unternehmer die Männer der öffentlichen Gewalt auf ihrer Seite hatten. Die Ideen und Ziele der freien organisierten Arbeiterchaft und ihrer Führer waren und sind heute noch klar und werden unaufhaltsam der Verwirklichung nahegebracht werden. Niemand wird sie von ihren kulturellen Fortschritten abbringen können. Kam auch, durch unünstige Verhältnisse und wirtschaftliche Depression hervorgerufen, sie und da ein Rückschlag, das Her der freien Gewerkschaften wuchs trotz alledem. Und so ist es heute noch und nicht anders. Auch aus der heutigen Abwehrstellung werden die freien Gewerkschaften zum Sturmansatz übergehen, um die verlorenen Positionen

wieder zurückzuerobern. Gegen ihre natürlichen Feinde werden sie ihre erprobten Waffen wirksam zu gebrauchen wissen.

Wer sind nun ihre unnatürlichen Feinde? Es sind maulaufende Radikalisten, die in schamlossten Proben den Klassenkampf predigen, widerständig die Arbeiterchaft zu politischen Kämpfen aufzuweisen an denen sie sich selbst meist nicht beteiligen. Den Gewerkschaften aber überlassen sie den Kampf gegen das übermäßig gewordene Unternehmertum. Bis zur Revolution waren solche Gesellen ganz wo anders zu finden. Seht euch die älteren der Rabaubrüder an, die nach dem November 1918 die Gewerkschaften verunreinigten. Sie standen fast ausnahmslos im gelben Lager, wo sie als Hinseparatisten und Streikbrecher ihr „übliches“ Dasein fristeten, sich nachher aber bei der veränderten Situation in den freien Gewerkschaften nicht toll genug gebärden konnten. Ausgerüstet mit einem seinen Witterungsvermögen gewisser Tiere glaubten sie in dem allgemeinen Wirrwarr unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ihre eigene wertige Person an die Oberfläche zu bringen. Sieh man sich früher das Gewerkschaftsgerichtsmitteln von dem Unternehmertum bezogen. So ist es jetzt das Geld aus Russland, für das man den deutschen Arbeitern den Sowjetstern anhängen möchte. Gelbe, Anarchoiden, Unionisten usw. suchen sich heute in Verdächtigungen gegen die freien Gewerkschaften und ihre Führer zu überbieten.

Junge Leute, die denen die giftige Saat des Hasses gegen die freien Gewerkschaften auf fruchtbaren Boden gefallen ist, suchen in oetradu frecher und aufdringlicher Weise andere von ihrem Unsin zu überzeugen. Es ist empörend, mit anhören zu müssen, wie solche „Klein-die-Welt“ über erprobte Führer die unflätigsten Beschimpfungen ausgießen und frech die Frage stellen: Was haben denn die Gewerkschaften eigentlich bis jetzt geleistet? Auch auf unsere weiblichen Mitstreiter wird von Berufstrenden einewirkt, sie werden auf-erfordert, keine Beiträge mehr zu zahlen, natürlich ohne Erfolg. Was willst die jungen Schreier von dem Wirten der Gewerkschaften? Haben sie eine Abnung von der Reichlosigkeit der Arbeit in der Vorkriegszeit?

Ich fühle mich verführt, ein Bild zu zeichnen aus der Zeit, in der die freien Gewerkschaften in den Kinderjahren standen. Möge unsere junge Kollonenschaft darüber nachdenken. Ich stamme aus einem sübwesddeutschen Weberstädtchen, in dem zehn bis zwölf Tuchfabriken der alleinige Ernährungsweiz der gesamten Bevölkerung waren. Ostermontag konfirmiert, stand ich, 13 Jahre alt, am Osterdienstag früh 5 Uhr in der Fabrik, um abends 7 Uhr Feierabend zu machen. Bei zwölfstündiger Arbeitszeit verbrachten ich und meine gleichaltrigen Genossen von Ten 40 Pf. Familienväter verbrachten nur Stunde 14—16 Pf und waren ganz der Wirt für der Wertmeister aus-erleht. Wer eine Minute zu spät kam oder vor dem Kinnagezenden der Maschine ains, wurde mit dem Abzug von einem oder zwei Stundenlöhnen bestraft. Ich sah, wie erwachsene Leute vom Wertmeister geohreht und hinausgeworfen wurden. Ueber die Lage der Arbeiterinnen will ich distret schweigen. Willkürliche Lohnkürzungen waren gang und gäbe.

Von Sammlungen für nationale Denkmäler, Bismarckdenkmal usw. durfte sich kein Arbeiter aus-erleht, und wenn es der letzte Gradchen war, den er noch im Behalt behalt. Beschwerderecht? Unfinn! Der Wertmeister war souverän und bekam als Anerkennung zu Wehmachter eine fette Gratifikation. Bäumte sich nie und da eine Gruppe auf und trat in den Strik, so trieb sie der Hunger bald wieder in die Fron zurück.

Dieser Zustand dauerte so lange, bis die dortige Arbeiterchaft den Weg in die Gewerkschaft fand. Als Anfang der neunziger Jahre die freien Gewerkschaften den Grund zu ihrem heutigen Bau legten, wurde auch dort in jenem irdischen Winkel in mehreren größeren Geschäften Beschäftigten in die Zinaburg rückwärts-er Unternehmerwillfährig. So wie dort, war es auch in hundert anderen Orten. Ueberall brachte der irsterische Ansturm der freien Gewerkschaften das Eis der brutalen Ausbeuterchaft zum Schmelzen.

Und jene Pioniere von damals sollen sich heute vor den hinnerbrannten Ideen einer vom Revolutionsstiller Befehlenden oder vor verrückten Akademikern und Bicherwürmern beugen, die überall dabei sind, wo es etwas Neues gibt und die Arbeit einer jahrzehntelangen Tüztigkeit gestohlen möchten?

Kolleginnen und Kollegen! Müht euch mit von allen offenen und verdeckten Feinden der freien Gewerkschaften. Weist sie zurück in ihre Schlußwinkel, aus denen sie wie

Schafale getrocknen sind. Holtet das erprobte Rüstzeug der freien Arbeiterchaft in Bereitschaft zu neuem Sturm. Wo es schadhaf geworden ist, da muß es ausgebessert werden. Mutigheit von uns selber, nicht von jenen Leuten die die Prinzipien der freien Vereine besser verstehen als erfolgreiche gewerkschaftliche Taktik. Nur unter dem alten Wahspruch: Einigkeit macht stark können wir stehen.

A. M., Mainz.

## Ein Unternehmer gegen den Lohnabbau.

In der gegenwärtigen Zeit, wo die Frage des „Abbaues“ im Vordergrund steht, nur nicht beim „Profit“ und bei einer Reihe von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, ist von Interesse, in der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung“ einen Artikel aus der Feder eines Unternehmers über: „Die Grenze des Lohnabbaues“ zu finden, aus dem wir folgendes entnehmen:

„Es rechnet Schaaqwörter, wie Unrentabilität der Betriebe, Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt usw. Man glaubt, mit gedrücktesten Löhnen und längerer Arbeitszeit aus allem Elend herauszukommen. Eines wird vergessen, und zwar, was steht es bei den jetzigen Löhnen, die teilweise schon eine erschreckend niedrige Höhe erreicht haben, mit der Konsumfähigkeit der Masse aus? Wer soll denn die Waren, die in Deutschland hergestellt werden, kaufen, wenn nicht die Massen der arbeitenden Bevölkerung? Theoretisch mag das richtig sein, daß ein Volk, das sein ganzes Vermögen verloren hat, ebenso wie ein einzelner, dem dies Geschick widerfahren wäre, nur erzeugen und nichts verkaufen darf. Theoretisch mag es stimmen, daß ein solches Volk sich hat fasseln darf, ohne Hut und ohne Rod und auf Holzschuhen gehen muß, gerade wie der einzelne Mensch, der sein Vermögen verloren hat, an allen Ecken und Enden sparen muß, um wieder zu etwas zu kommen. Praktisch läßt sich aber etwas derartiges nicht durchführen. Abgehen davon, daß man es der Masse der Bevölkerung nicht zumuten kann, auf Jahrzehnte ein solch einengertes Dasein zu führen, wäre es auch aus wirtschaftlichen Gründen falsch, eine derartige Sparmaßregel predigen zu wollen. Man wird erwidern, Hauptzweck sei zunächst einmal, billige zu erzeugen, um vor allem die Ausfuhr wieder in Gang zu bringen. Es ist darauf zu erwidern, daß es vollkommen unmöglich ist, auch nur die Hälfte der in Deutschland hergestellten Waren auszuführen, selbst wenn überhaupt keine Arbeitslöhne für diese Waren gezahlt zu werden brauchten. Es werden in Deutschland so viel Waren hergestellt, für die nach dem Auslande infolge der Zollschranken eine Ausfuermöglichkeit selbst bei gedrücktesten Löhnen nicht vorhanden ist. Es bleibt sehr vielen Industrien aus den verschiedensten Gründen gar kein anderes Hauptabgabebiet als das Inland übrig, und diese Industrien, die bei dem Abzug ihrer Produkte an das Inland anzuweisen sind, haben das größte Interesse daran, daß die Massen der Bevölkerung konsumfähig erhalten bleiben. Derartige Erwägungen können bei der Schwerindustrie und beim Bergbau nicht so häufig angestellt werden wie bei denjenigen Industrien, die täglich vor Augen sehen, daß sie nur bei einer noch einigermaßen kaufkräftigen Bevölkerung weiterbestehen können. Deshalb muß der Ruf ertönen, den Lohnabbau in vernünftigen und ertzählbaren Grenzen zu halten, nicht nur wegen der davon betroffenen Arbeitnehmer, sondern auch, und zwar ebenso sehr wegen des Weiterbestehens des größten Teils sämtlicher Betriebe. Sorgen wir dafür, daß unsere Betriebe rational geführt werden, sorgen wir dafür, daß einengerte Bestimmungen in Gesetzen und Tarifverträgen, die die rationale Produktion hindern, verschwinden, und sorgen wir vor allem dafür, daß erklaffteste Qualitätsarbeit geleistet wird bei angemessenen und auskömmlichen Löhnen, Löhnen, die auch geeignet sind, die Arbeitsfreudigkeit der Arbeitnehmer zu heben, ohne die kein Betrieb auf die Dauer auskommt.“

Was dieser einsichtige Unternehmer hier sagt, der doch sicherlich auf seinen Vorteil bedacht ist und ihn gut wahrzunehmen weiß, haben die Gewerkschaftsvertreter unzählige Male den abbauwilligen Prinzipaliten vorgehalten, auch bei unseren Lohn- und Tarifverhandlungen, ohne jedoch damit Eindruck zu machen oder die Unternehmer gar unzufrieden. Sie laufen alle hinter dem großen Schaaqwort „Verbesserung der Produktion durch Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung“ her und schalten dabei jede Ueberlegung aus. Bei den jetzt für sie günstigen Zeitumständen kennt ihre Begehrlucht kaum noch Grenzen. Wir wollen ihnen aber das Versprechen geben, daß wir bei Gelegenheit den Spieß umdrehen werden.

## Die Entwicklung des Steinruders.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

### Senefelder und seine Vorgänger.

Mit der Erfindung der Lithographie gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde eine neue Epoche der graphischen Vervielfältigung eingeleitet. Eine Art der graphischen Technik war mit jener Erfindung entstanden, die sich sowohl durch ihre Ausführung wie auch die Eigenart und Schönheit ihrer Erzeugnisse weitgehend von den bis dahin bekannten Vervielfältigungsverfahren unterscheidet und sowohl dem Drucker wie auch dem graphischen Künstler neue ungeahnte Möglichkeiten der Vervielfältigung von Schrift und Bild erschloß. Den beiden großen Klassen der Druck- und Reproduktionsverfahren, wie sie bis zum Ende des 18. Jahrhunderts allein bekannt waren, nämlich dem Handdruck, vertreten vor allem durch den gewöhnlichen Buchdruck, künstlerisch aber den Holzstich, und dem Tiefdruck, vertreten vor allem durch den Kupferstich, reichte sich die Lithographie oder der Steinruck als neues Verfahren an, das als Flachdruck zu bezeichnen ist und dessen Wert von Anfang an darin bestand, daß es dem Graphiker eine wesentlich größere Freiheit in der Ausführung der bildlichen Darstellung und Wiedergabe gewährte. Kupfer- und Stahlstich, Holzstich, Holzschnitt und die sonstigen Runddruckverfahren lassen in der Wiedergabe bildlicher Originale immer dieselbe Mangel, nämlich die Verdrücktheit der Originale immer auf den selben Ton und Ausdruck der graphischen Vervielfältigung zurückzuführen. Die Lithographie hingegen läßt in Manier und Ausdruck der bildlichen Wiedergabe dem Künstler nahezu dieselbe Freiheit und Selbstständigkeit, wie sie der Zeichner

oder Maler auf der Leinwand entfaltet; sie ist in der Hand des Künstlers schon eine eigene Art der Malerei selbst, die vor der Farbenmalerei noch den Vorrang hat, daß sie zugleich die vollendete Wiedergabe und Vervielfältigung ihrer Erzeugnisse möglich macht. So sind reine Kunst und graphische Technik in der Lithographie mehr als bei jedem anderen Druck- oder Runddruckverfahren vereinigt, und damit waren die Bedingungen für den Siegeszug der Lithographie während des vergangenen Jahrhunderts gegeben. Graphische Technik und graphische Kunst erfuhr durch die Lithographie in gleicher Weise eine Bereicherung und Erweiterung, die man kaum noch für möglich gehalten hätte.

Mit zwar auch die Kunst, den Stein als Mittel der graphischen Vervielfältigung in der Form der Lithographie zu verwenden, erst etwa im Jahrhundert alt, so ist doch schon lange vor dem Stein zum Erwerb graphischer Darstellungen, ja selbst als Mittel der Vervielfältigung verwendet worden, wenn freilich auch in ganz anderer Weise, als mit der Lithographie nicht zu tun hat. Wissen wir doch, daß bereits die Chinesen, die schon etwa 500 Jahre vor Gutenberg eine Art der Reproduktion ausübten, außer anderen Stoffen, wie Holz und Metall, auch bereits Steine für diese Zwecke verwendeten. Das geschah, indem sie auf Steinplatten Schrift einschrieben, unfernlich vorstieß, hässlich erhaben, und von der so hergestellten und mit Farbe eingetriebenen Druckform abstrich anfertigten. Aber so wenig das Reproduktionsverfahren der Chinesen, so weit wir Kenntnis von diesem haben, als Letterndruck im heutigen Sinne bezeichnet werden kann, so wenig kann jene Methode der Verwendung von Steinplatten für solche Zwecke als Lithographie bezeichnet werden, die ihrer Technik und Ausführung nach ein ganz anderes Verfahren darstellt. Im Mittelalter machte man dann die Erfahrung, daß manche Steinarten sich äßen lassen, d. h. durch Behandlung mit ähenden

Substanzen, besonders Scheidewasser, für bildliche Darstellungen geeignet gemacht werden können. Schon im 13. Jahrhundert wurde diese Kunst für die Herstellung von Ornamenten eelbt, und zahlreiche Rezepte für die Ausübung dieses Verfahrens, die Behandlung der Steine, die Zusammensetzung der ähenden Substanzen und schließlich das Äßen selbst, sind uns aus jener wie auch der darauffolgenden Zeit bekannt. Besonders der Solnhofener und Keilschneider Kalkstein, derselbe Stein also, der noch heute das beste und gefachteste Material für die Herstellung lithographischer Steine ist, war bereits damals wegen seiner Eigenschaften viel für die Herstellung von Hochjungen verwendet, indem man die Zeichnung mit einer gegen die Säure widerstandsfähigen Tusch oder Farbe auf dem gesättigten und polierten Stein auftrug und dann die ganze Fläche der Einwirkung des Ähendwassers aussetzte. Die nicht von der Tusch bedeckten Teile der Steine wurden dadurch tiefer äßt, während die Zeichnung selbst erhaben hervortrat. In dieser Weise wurden während des ganzen Mittelalters hindurch Tisch- und Steinplatten, Grabsteine und sonstige Steinornamente geäst, und im 16. und 17. Jahrhundert erlangte diese Kunst eine ziemlich weitläufige Verbreitung. Diese Steinjungen dienten jedoch lediglich ornamentalen Zwecken, nicht jedoch der Fortsetzung von Vervielfältigungen, und damit schied dieses Verfahren der Steinjungen, wenn es auch die erste Verwendung des Steins für graphische Darstellungen ist, aus der Geschichte der Druckverfahren im allgemeinen und des Steinruders im besonderen aus. Erst kurz vor der Erfindung der eigentlichen Lithographie durch Senefelder verdrängte der Äßer der Deckant Simon G. rid aus Wiesbad in Bayern, Steine, die in der oben bezeichneten Weise hochgeäst waren, zur Vervielfältigung zu benutzen. Er zeichnete mit geschmolzenem Wachs Bilder und Druckchrift auf eine Marmorplatte, ähte diese dann mit Scheidewasser und erhielt so die bildlichen

## Aus dem Steindruckgewerbe.

### Mugsburg.

Die neuen Löhne im Steindruck bezogen für	
vollwertige Steindruckler über 24 Jahre	26,— M.
Hilfsarbeiter über 24 Jahre	24,— "
sonstige Hilfsarbeiter über 24 Jahre	22—25,— "
Einschlepperinnen über 100 cm Format	14,50 "
unter 100 cm Format	14,— "
Ausführerinnen über 100 cm Format	14,— "
unter 100 cm Format	13,50 "
sonstige Hilfsarbeiterinnen über 21 Jahre	12,50 "
von 18—21 Jahren	11,50 "
unter 18 Jahren	9,50 "
Uttordarbeiter 24—27,50, Uttordarbeiterinnen 14—16,50	"

## Aus den Zeitungen.

Mugsburg. In einer am 5. März abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde eingehend über den Neuabschluss des Reichstarifs und das weitere Anstreben der Unternehmer eines 20proz. zentralen Lohnabtrags, was sich bereits einige bestimmte Unternehmer zu eigen gemacht hatten, besprochen. Demnach lehnte die ganze Kollegenchaft es ab, um einen beratigen Hungerlohn noch weiterarbeiten zu wollen und versprachen, durch rege Aktion die letzte Kollegin und den letzten Kollegen dem Verband zuzuführen, um bei Erneuerung des Tarifs am 31. Mai einen geschlossenen Ball der Willkür der Unternehmer entgegenzustellen. Wenn auch einzelne Mitglieder sich an den, wie sie sagen, hohen Verbandsbeiträgen stoßen, so wies der Vorsitzende darauf hin, daß nur eine gefüllte Kasse und ein richtiger Kampffonds uns aus diesen schlechten Verhältnissen herausheilen kann. Uebergehend zum Abschluß im Steindruck, konnte der Vorsitzende von einem günstigeren Ergebnis berichten, was hauptsächlich auf die Einmütigkeit der Kollegenchaft im Steindruck zurückzuführen ist. Die Mitglieder im Steindruck erhalten Zulagen von 1 bis 4,50 M. bei 48stündiger Arbeitszeit. Unter „Verföhrenes“ wurde noch von der einflussreichen Einstellung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung Kenntnis genommen. Der Vorsitzende forderte zum Schluß unserer „Solidarität“ auf.

Berlin. Eine gut besuchte Versammlung der Buchdruckerinnen und Hilfsarbeiterinnen am 14. März beschäftigte sich mit der jetzigen Situation in unserem Gewerbe, wie sie sich seit dem Abbruch des Banntarifs und nach Beendigung des Novemberstreiks entwickelt hat. Die Unternehmervertreter haben den Lohnstreik dem November zunächst zum Anlaß genommen, den Reichstarif für das Buchdruckerpersonal für nicht mehr bestehend zu erklären. Trotzdem wir Berliner Hilfsarbeiterinnen gar keine Ursache haben, uns nach einem Reichstarif zu drängen, da wir, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, ebenfals ohne Tarif besser gestellt haben, so vertreten wir doch den Reichstasstandpunkt, daß ein dringlicher Streit, auch wenn wir ihn verlieren, an sich nicht die Aufhebung eines Vertrages bedeutet, der sich über das ganze Reich erstreckt. Wäre es nämlich so, wie jetzt die Herren Journalisten sagen — denn mit wirklichen Buchdruckerstreikern verhandeln wir ja bekanntlich nur noch in Ausnahmefällen —, dann hätte unser Reichstarif wohl kaum das Licht der Welt erblickt oder er wäre als Säugling nach einigen Wochen Lebensdauer gestorben. Derliche oder Betriebsstreiks hat es, während der Dauer des jetzigen Tarifs auch an anderen Orten gegeben. Stellen wir außer dieser jetzt bestehenden juristischen Auslegung die nebenher gelaufenen Maßnahmen des größten Teiles unserer Betriebsfunktionen in die mit in Rechnung, so dürften wir wohl den Schlüssel zu dieser plötzlich aufsteigenden Weisheit der Prinzipalgefinden haben. Die Unternehmervertreter halten jetzt ihre Zeit für gekommen, um sich für manches ihnen nach ihrer Meinung zugelegte Ungemach rächen zu können. Daß diese Rache an sich kleinlich und kurzfristig ist, ändert nichts; die Herren glauben eben heute, genau wie ein Teil unserer Kollegen gestern glaubte, Augenblickeerfolge wären das gleiche wie dauernde, stabile Erfolge. Sie leben in Wirklichkeit nicht, daß es für die Dauer darauf ankommt, ob sich das einmal Erreichte auch in kritischer Zeit erhalten läßt. Alle Beteiligten, einschließend unserer Herren Arbeitgeber und deren Vertreter, sollten dies erkennen und danach ihre Taktik einrichten. Eine fluge Politik betreibt ein erheblicher Teil Arbeitgeber in unserem Gewerbe jetzt nicht, der die weiblichen Arbeitskräfte in einer Weise behandelt, als wenn

es sich nicht um Menschen, sondern um eine bestimmte Sorte Zugtiere handelt, die, wenn sie nicht mehr arbeiten können, doch immer noch einen gewissen Schlachtwert besitzen. Es sollte doch jedem einzelnernachverständigen Menschen geständig sein, daß derartige Methoden, wie sie jetzt in der Praxis von Ueberlebenden, in der dauernden Uebertretung der elementarsten menschlichen Bestimmungen, in bezug auf die Spät- und Nacharbeit der Frauen angewendet werden, nach längerer oder kürzerer Frist zu einer gleichwie gearteten Reaktion führen müssen. Die selbstverständliche Pflicht der Leitung unserer Organisation, die Beteiligung dieser Missetäter zu erzwingen, muß schon im Interesse der immer noch reichlich hohen Zahl arbeitsloser Kollegen geliebt werden. Durch Verhandlungen und Schiedsgericht ist nun die Frage, ob Tarif oder nicht, in unserem Sinne entschieden worden. Unter am 31. Dezember 1923 abgelaufener Tarif gilt mit einigen Abänderungen, die bereits in der letzten Mitglieberversammlung besprochen wurden, bis zum 31. Mai 1924 verlängert. An diesem Tage läuft auch der Tarif der Beihilfen ab. Uns Ankerinnen interessiert heute in erster Linie der beispiellose Lohnabbau, den die Unternehmervertreter glauben bei uns durchsetzen zu müssen. Auf unsern Lohn drückt nicht nur die enorm vergrößerte Spannung zwischen dem Lohn der verheirateten und der ledigen Beihilfen, da unsere Löhne nach den Sätzen der ledigen Beihilfen berechnet werden, sondern man hat auch unsere tariflichen Prozentsätze wesentlich herabgesetzt. Darüber hinaus wurden uns von den Unternehmern die 10 Proz., die uns vor nicht langer Zeit durch unsere höchsten Tarifinstanzen zugesprochen wurden, auch noch streitig gemacht! Und wieder alles Erwarteten finden sich Juristen, die eine in durchaus legaler Weise zustande gekommene Vereinbarung plötzlich nicht mehr als rechtmäßig anerkennen, obwohl sie, wie alle tariflichen Abmachungen, mit den Untergriffen der Vertrauensprotokolle veröffentlicht und auch befolgt wurde. Durch diese „Recht“-sprechung ist es jetzt dahin gekommen, daß z. B. die Ankerinnen bis auf 58 Proz. unserer Friedensentlohnung abgebaut sind! Daß dieser Zustand für die Dauer unalterbar ist dürfte auch dem ehrlichsten Forscher des „Entbehrungsfaktors“, den die Arbeiterchaft über sich ergehen lassen muß, einleuchten. Interessant wäre es übrigens, einmal feststellen zu können, wie hoch die Befürworter des „Entbehrungsfaktors“ ihre eigene Entbehrung bei den Berechnungen einleuchten. Oder haben nur wir Arbeiter und Arbeiterinnen in den letzten zehn Jahren so gut gelebt, das wir, wie in unserem Falle, 42 Proz. „Entbehrungsfaktor“ ruhig und verträglich hinnehmen können? Bieleicht verzeichnen wir Buchdruckerinnen einmal unseren Bestand an Wägen, Kleidern, Schuhen usw. mit dem einer doch auch „entbehrten“ weiblichen Angehörigen der Herren, die so sehr warm für das Opfer der andern eintreten. Auf das Resultat dieses Vergleichs würden wir wirklich neugierig sein! — In der eingehenden, von erweiterter Sachlichkeit getragenen Aussprache über all diese Dinge wurde von jungen und alten Kolleginnen immer wieder betont, daß nur enger Zusammenhalt in der Organisation dazu führen kann, diese unwürdigen Zustände zu beseitigen. Das war das Erhebende bei den Meinungsäußerungen der Kolleginnen. Sie wüßten, jetzt ist nicht Zeit, sich um Neuerlichkeiten zu streiten; helfen muß es: Kleinarbeit in den Betrieben für den großen Gedanken der Organisierung unserer Klassenorganisation! Vor allem würden wir ermahnen die zu Herzen gehenden Worte der Vorsitzenden der früheren Jahrestage I. trotz aller Schwierigkeiten das große gemeinsame Ziel nicht aus den Augen zu lassen, auf die jüngeren Verbandstufen hin. Mit der einstimmigen Annahme nachstehender Entschließung erreichte die musterhafte versammelte Versammlung ihr Ende.

„Die am 14. März 1924 im Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der graphischen Hilfsarbeiterinnen Berlins beschloß sich einmütig mit der Entlohnung der Ankerinnen und sonstigen Hilfsarbeiterinnen in Buchdruckerien und stellte fest, daß bei der jetzigen minimalen Entlohnung sie unbedingt weiter verelenden müssen und Gefahr laufen, der Prostitution in die Arme getrieben zu werden. Die Versammlung erwartet von dem sozialen Empfinden (? Die Redaktion) der Buchdruckerinhalte unverzüglich eine Verbesserung der Löhne, andernfalls sie vor den äusersten Mitteln nicht zurückschrecken wird, sich das zu holen, was zu einem menschwürdigen Lebensunterhalt notwendig ist. Nur von äußerster Einsicht und Geschlossenheit der Kolleginnen ist eine Verbesserung ihrer Lage zu erwarten; vor allem muß das Anstrengungen unterbleiben; maßgebend für alle Kolleginnen darf nur der paritätische Arbeitsnachweis, Mitte Oktober, 5. sein.“

Cassel. Am Freitag, den 9. März, fand im Saal des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung der Graphischen Hilfsarbeiterchaft statt. In 1½stündigem Vortrag über den neuen Reichstarif stellte der Gauleiter Kollege A. Kall-Frankfurt seine aufmerksamen Zuhörer. Die rege Aussprache zeltigte folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Die Casseler Kollegenchaft erkennt an, daß unsere Vertreter bei Schaffung des am 31. Mai ablaufenden Reichstarifs ihre schwere Pflicht wohl erfüllt haben. Sie protestieren aber gegen die Lohnkürzungen und die verächtlichen Ferienbestimmungen, und erwarten von der Zentralleitung, daß sie alle Vorkehrungen trifft, um demnächst den Abschluß eines besseren Reichstarifs von den Unternehmern zu erzwingen. Wir werden alle Maßnahmen der Zentralleitung freudig unterstützen.“

Chemnitz. Als Referent in der Mitgliederversammlung am 12. März war unser Gauleiter Kollege Herrmann-Dresden erschienen. Er referierte über den Neuabschluss des Reichshilfsarbeitertarifs.

In reichlich einstündigen Ausführungen zeichnete Redner ein recht klares Bild von all den Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zu überwinden waren. Es sei auch der Gauleiterkonferenz außerordentlich schwer gefallen, diesem Schiedsgericht seine Zustimmung zu geben. Wenn aber das Hilfsgericht aus dieser Niederlage lerne und Kampfesmut, Einigkeit und Entschlossenheit sowie Pflichtbewußtheit sich wieder so einstellt wie früher, dann würde auch der erfolgte Lohnabbau bald wieder aufgehoben sein. Sollte aber die Kollegenchaft durch augenblicklich eingetretene Verärgerung den falschen Weg wählen und mutlos werden oder gar der Organisation den Rücken kehren, dann würden durch die Rückfallslosigkeit der Prinzipale bald weitere Lohnabbau folgen.

In der sich anschließenden freien Aussprache, die erfreulicherweise recht rego war, kam allgemein die Empörung über den erfolgten Lohnabbau zum Ausdruck. Von allen Rednern wurde auch ernstlich und eingehend die jetzige Situation in den Betrieben geschildert, welchen Schwierigkeiten die Unterlassener beim Kassieren der Beiträge oft ausgelegt sind. Ueberdies ernstlich wurde von allen Rednern zum Ausdruck gebracht, daß sich nun erst recht alle Kollegen und Kolleginnen reiflos zusammenfinden müssen, um sich zu rüsten für eventuell bevorstehende Kämpfe. Doch trotz aller Empörung, die sich inlauter in scharfen Worten Luft machte, wurden nicht die Vertreter der Organisation, die diese Verhandlungen zu führen hatten, für den erfolgten Lohnabbau verantwortlich gemacht. Weiter wurde recht deutlich zum Ausdruck gebracht, daß nun auch von Seiten der Organisation kein Mittel mehr unversucht bleiben dürfe, um den erfolgten Lohnabbau wieder herauszuholen. Bemängelt und bedauert wurde auch, daß in verschiedenen Druddereien noch immer ein Zusammenarbeiten unter den in Frage kommenden Organisationen schwer möglich ist.

Im Schlußwort gab Kollege Herrmann in längeren Ausführungen über verschiedene Punkte Aufklärung und stellte verschiedene in der Aussprache vorgebrachte Ausführungen richtig.

Dresden. In der am 20. Februar stattgefundenen Versammlung der graphischen Arbeiterchaft Dresdens referierte Gauvortreter Freitag (Buchdrucker) über „Aufstandtag und Arbeitszeiterordnung“. Redner gab einmütig einen geschichtlichen Rückblick über die freie, moderne Arbeiterbewegung in ihrer Entwicklung, schilderte die hemmenden und Unterdrückungsveruche der damaligen Machthaber. Besonders erschwerend im Aufwärtstreben wirkte das Fehlen des Koalitionsrechts, das in Deutschland erst 1891, nach Aufhebung des Sozialistengesetzes festgelegt wurde. Eng verbunden mit der Forderung nach kürzerer Arbeitszeit sei die Forderung nach Arbeiterchutz, dem Ausbau der Sozialgesetzgebung. An diesen Forderungen und deren Durchführung haben sich nicht Arbeiter, sondern auch intellektuelle Kreise des Bürgerlums in allen an diesen Bestrebungen beteiligten Staaten der Welt beteiligt. Politisch und gewerkschaftlich sei die Forderung des Aufstandstages eines der schönsten Ideale der Arbeiterchaft schon Jahrzehnte vor dem Kriege gewesen und trotz dieses hohen Zieles sei die Gewerkschaftsbewegung verhältnismäßig schwach gewesen. Die Masse der deutschen Arbeiterchaft habe ihren urchigsten Selbstnotwendigkeiten zu wenig Interesse entgegengebracht. Einzelne Gewerkschaften haben im Laufe der Jahrzehnte teils durch Verhandlungen und auch durch Kampf die Arbeitszeit wesentlich herabgesetzt. Der Krieg brachte die Revolution und diese den Aufstandtag, kämpflos fiel er den großen Massen der Subalternen in den Schoß. Unersättliche Forderungen und Verprechungen auf politischem und

Schriftstellerstellen aus Relief auf dem Stahl, von dem er durch Druck Abzüge herstellte. Eine Reihe solcher von Steinplatten gedruckter Bilder, Blumen und Tiere darstellend, wurden von Schmid zu Unterrichtszwecken verwendet. Diese Veruche Schmid's fallen in das Jahr 1787. Sieben Jahre später erfand dann Senefelder, der von den Veruchen Schmid's nichts wußte, dasselbe Verfahren, das aber noch nicht die Lithographie war, nochmals und druckte auf diese Weise Notizen. Es entspann sich späterhin ein Streit zwischen Schmid und Senefelder um die Priorität der Erfindung der Lithographie. Schmid selbst behauptete auf Grund seiner Veruche, der Erfinder der Lithographie zu sein und fand auch zeitweilig Anhänger für diese Ansicht. Der Streit wurde jedoch in sehr einfacher Weise dadurch unauflöslich Senefelder's entschieden, weil jenes von Schmid zuerst angewandte und dann von Senefelder nochmals erfundene und ebenfalls angewandte Verfahren ja keinesfalls die wirkliche Lithographie ist, sondern nur einen früheren Versuch Senefelder's, ganz nach Art des Buchdruckers mit Stein zu drucken, darstellt, der aber nicht zum Ziele führte. Erst nach diesem ergebnislosen Versuch folgte dann die Erfindung der eigentlichen Lithographie. D. h. des sogenannten „chemischen Druckes“, der seiner Technik nach etwas ganz anderes ist als die Druckveruche Schmid's. Wir können die Erfindung der Lithographie am besten verfolgen, indem wir den Werdegang ihres Erfinders Alois Senefelder und die Umstände, die ihn zu seiner Erfindung führten, betrachten.

Johann Alois Senefelder wurde am 6. November 1771 als ältester Sohn des bayerischen Hofschauspielers Peter Senefelder geboren, und zwar in Prag, wo sich sein Vater zu einem Gastspiel aufhielt. Alois erhielt in München eine gute Erziehung, besuchte dort das Gymnasium und wurde von seinem Vater, der selbst darauf bedacht war, seine Kinder von dem damals noch in gleichem Mißkredit stehen-

den Schauspielberuf fernzuhalten, für das Studium der Rechte bestimmt. Aber auch in des jungen Alois' Wollen stieß Theaterdunst, und entgegen dem Wunsch seines Vaters verlegte er sich auf Privatbühnen als Darsteller und schrieb überdies auch Theaterstücke für solche Bühnen. Mit einem solchen von ihm verfassten Stück: „Der Mädchenhändler“ betitelt, das er in seinem 18. Lebensjahr verfaßt hatte und das für eine Fühlungsunterhaltung seiner Freunde bestimmt war, hatte er einen gewissen Erfolg, der für seinen weiteren Werdegang von erheblichem Einfluß werden sollte und ihn indirekt sogar auf die Bahn des Erfinders führte. Durch eine Berechtigung von Umständen kam das Stück statt, wie beabsichtigt, an einer Dilettantenbühne an der kurzlichlich-bayerischen Hofbühne zur Aufführung und fand viel Beifall. Daraufhin nahm ein Buchhändler das Stück in Vertrieb und ließ es drucken, was dem jungen Verfasser ein Honorar von 50 Gulden einbrachte, eine für die bescheidenen Verhältnisse des Autors immerhin ansehnlicher Betrag. Was wunder also, daß dieser Erfolg an Geld und Dichterruhm den jungen Senefelder in seinem Plane, sich statt der Jurisprudenz gänzlich dem Theater als Schauspieler und Schriftsteller zu widmen, bestärkte. Diesen Entschluß befolgte er auch bel. als kurz darauf sein Vater starb und damit die Not des Verbens bei Alois Senefelder und seinen Angehörigen anstieß. Er verlegte zunächst als Schauspieler eine Erlözung zu finden, da er an der großstädtlichen Bühne kein Engagement finden konnte, trat er mehrere Jahre lang bei herumreisenden Schauspielergesellschaften auf, wobei er alle Geburten und Enttäuschungen des Wanderkondianten erfuhr, ohne es auch nur einzermachen zu gesicherten wirtschaftlichen Verhältnissen zu bringen. Was ihm als Schauspieler nicht gelang, suchte er nun als Schriftsteller zu erreichen. In Erinnerung an den Erfolg seines ersten Bühnenwerkes verfaßte er noch eine ganze Reihe von Stücken, für

die er jedoch weder eine Bühne noch einen Verleger finden konnte. Auf ein Bittgesuch an den Fürstlichen Karl Theodor wurde ihm eine Unterstützung von 25 Gulden bewilligt, die er dazu verwendete, eines seiner Stücke drucken zu lassen. Für den Druck der weiteren Erzeugnisse seines dramatischen Talentes aber fehlte es ihm an Geld. Wohl aber hatte er bei der Druckerei jenseitigen anderen Stückes die Technik und Einrichtung der Buchdruckerlei kennengelernt; es dünkte ihm nicht allzu schwer, solche Arbeiten ebenfalls auszuführen, und wahrhaftig ging er daran, sich eine Druckereianrichtung zu verschaffen, um seine Theaterstücke, für die er einen fremden Drucker oder Verleger nicht finden konnte, selbst zu drucken, von der Hoffnung auf guten Gewinn aus dem Bestehen dieses Planes beherrscht. Ueber diesen schwerwiegenden Entschluß, durch den der junge Dramatiker dem graphischen Gewerbe und damit dem Gebiet leitet ihm damals freilich selbst noch ganz unbekannt späteren Bestimmung zugeführt wurde, äußert sich Senefelder in der von ihm später selbst niederschriebenen Darstellung des Werdeganges seiner Erfindung wirklich folgendermaßen: „Ich hatte (bei der Druckerei des oben erwähnten Theatermanuskriptes) die ganze Manipulation des Druckes genau gesehen, weil ich wochenlang in der Buchdruckerlei zubrachte. Ich fand, daß die Buchdruckerkunst für mich nicht gar schwer zu erlernen sein würde, und ich konnte dem Wunsch nicht widerstehen, selbst eine kleine Druckerei zu besitzen. Da wirft du, dachte ich, keine eigenen Gestaltungsprodukte selbst drucken und so mit Geldes- und körperlicher Arbeit abgibt abwechseln können. Auch konnte ich mir einen anständigen Unterhalt verschaffen und dadurch ein freier und unabhängiger Mensch werden.“ Dieser Gedankengang, mit dem der Schauspieler und Dramatiker die Bahn des Druckers und Graphikers betrat und zugleich den ersten Schritt seiner Erfindereibahn begann, ist heute noch für uns von Interesse.

wirtschaftlichem Gebiet haben diese bis zur Revolution abseits Stehenden in ihrer Einstellung verdrängt und enttäuscht, als sich zeigte, daß die Realpolitiker recht befehlen, und ein großer Teil Verprechungen nicht eingelöst werden konnten. Die Folge der Unreife im Denken und Handeln war die Verpflanzung in der politischen Arbeiterbewegung. Diese Verpflanzung verlor man von bestimmter politischer Seite auch in die Gewerkschaften zu tragen. — Das deutliche Unternehmertum hat in diesen Erscheinungen und in der furchtbaren Notlage der Arbeiterklasse gute Bundesgenossen. Deshalb gelang es ihr leicht, den seit seiner Einführung bekämpften Achtstundentag wieder zu befehlen. Die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag sollen aus den Arbeitermassen herausgeholt werden, während das Großkapital und die Industrie es verstanden haben, sich von Steuern und Abgaben zu drücken. Der Vortragende ging auf eine Reihe Abschlüsse ein, die zum Teil betriebs-, orts- und bezirksweise und eine Reihe der Organisationen abgeschlossen werden sind und in Gemeinden, wo man sich sonst nicht radikal genug gebärden konnte. Das Zustandekommen der Arbeitzeiterordnung und besonders deren Auswirkung stellte hohe Anforderungen an die Disziplin der Gewerkschaften. Gelte es jetzt die schlimmsten Gefahren abzuwehren, so werde die Zeit bald kommen, wo wir den Kampf für die Wiedererhebung des Achtstundentages aufnehmen müßten, dazu gehöre die einige und selbständige Gewerkschaftsbewegung.

Die Debatte brachte nichts Wesentliches. Unter Verschiedenem wurde mit aller Schärfe gegen eine von der schließlichen Regierung erlassenen Verfügung Stellung genommen, die bestimmt, daß ab 1. April 1924 ein großer Teil Druckaufträge aus der Privatindustrie weggenommen werden, um diese in der Anstaltsdruckerei Waldheim von Justizhausinsassen herzustellen zu lassen. Bei der dauernden großen Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe in der Nachkriegszeit ist diese Maßnahme um so unverständlicher, da bereits unter zwei anderen Regierungen Sanktionen die Durchführung dieser Maßnahme deshalb unterlassen wurden. Es ist festzustellen, daß die Druckerei im Justizhaus Waldheim trotz gegenteiliger Bescheidungen wesentlich vergrößert worden ist, daß ferner berufsunfähige Anstaltsangehörige werden. Es wurde lebhaft bedauert, daß eine Regierung, ohne Rücksicht auf die Berufsangehörigen überhaupt solche unsoziale Maßnahmen durchführt in einem Bundesstaat, wo die Arbeitslosigkeit am stärksten ist. Die Berufsangehörigen, die in vier- bis fünfjähriger Lehrzeit ihren Beruf erlernt haben, überläßt man der Not und dem Elend und den Inzonen der Strafanstalten verpackt man Erleichterungen durch Facharbeit. Der Tragweite dieser Maßnahmen war sich die schließliche Regierung sicher nicht bewußt. Eine Entschädigung wurde einstimmig angenommen, die diese Maßnahme scharf verurteilt und die Organisationsvertreter beauftragt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die Regierung von der Durchführung abzubringen. Verhandlungen waren bereits eingeleitet. Der Vorsitzende, Kollege Lehmann, schloß die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, bei der nächsten Versammlung ebenso zahlreich zu erscheinen.

Grünberg i. Schl. Mitgliederversammlung am 6. März. Ueber den Reichsstarif und seine schweren Folgen für die Mitgliedschaft referierte der Vorsitzende. In der sehr schätzbaren Aussprache kam von allen Kollegen und Kolleginnen „Jüdischer Ausbruch“, daß sie es nicht verstehen können, wie es möglich sein kann, einen solchen Tarif, der in allen Paragraphen vor Verschlechterungen froht, anzunehmen. In Grünberg haben die Kollegen einen Lohnverlust von 3,56 Mk. wöchentlich erfahren. Der Lohnabbau wurde von allen Prinzipalinstanzen restlos durchgeführt. Ein Versuch des Vorsitzenden, die Prinzipale zum Lohnabbau auf die Hälfte zu vermindern, schlug fehl. Der Prinzipal antwortete ihm: „Ich stelle mich auf dem Boden des Tarifs, daß er so viel Verschlechterungen bringt, daß für können wir nicht. Deswegen müssen Sie sich bei Ihren Verbandsvertretern beschweren, die ihn angenommen haben.“ — In einer Entschädigung wird gegen den zum drittenmal erfolgten Lohnabbau entschieden protestiert. „Wir lehnen jede Verschlechterung ab und würden, wenn unsere Vertreter es nicht fertigbringen, für uns Verbesserungen herauszuholen, kräftig vorgehen. Wir sind unter keinen Umständen mit leeren Verprechungen, das nächste Mal wird es besser werden, zufrieden und fordern Revision des Tarifes und Streichung von § 4 Ziffer 5.“

Anmerkung der Redaktion: Die Mitgliederversammlung in Grünberg ist ein Schulbeispiel dafür, wie es nicht gemacht werden soll. Der Unmut der Kollegen und Kolleginnen ist verständlich, auch die Form, in der ihr Ärger zum Ausdruck kommt, soll noch hingehen, obwohl sie sich unangenehm abhebt von Aeuserungen in anderen Mitgliederversammlungen, die die Mitglieder in Grünberg aufmerksamer nachlesen wollen. Ihr Vorwurf gegen die Verbandsvertreter ist unbegreiflich und richtet sich an eine falsche Adresse. Nicht unsere Verbandsvertreter sind schuld an diesem Ausbruch, sondern die Prinzipale, die die schlechte wirtschaftliche Lage rücksichtslos ausgenutzt haben. Wo und wann sind übrigens den Grünberger Mitgliedern ihre Verprechungen von der Verbandsleitung gemacht worden und wer hat es ihnen verboten, an Orte zu verhandeln? Sie haben es jederzeit in der Hand zu beweisen, daß sie mehr als die Verbandsvertreter in Berlin fertigbringen. Es scheint aber nach dem Bericht, als ob die laute Ausrede des Grünberger Prinzipals ihnen die Sprache am Verhandlungstisch verschlagen hat. Solche und ähnliche Aussprüche von Unternehmern in großen und kleinen Orten sind alt und oft gehört worden, das sind Redensarten, mit denen die Prinzipale beweisen wollen, daß sie nicht gegen eine ausreichende Bezahlung sind und gerne mehr geben würden, wenn, ja wenn... Daneben herrscht natürlich noch das Bestreben vor, den Arbeitern den Unwert des Verbandes vor Augen zu führen und es hat tatsächlich schon Beute gegeben, die sich daraufhin sagten, unser Prinzipal ist kein so schlechter Kerl, der möchte eigentlich schon, aber unsere Vertreter bringen es bei der Verhandlung „nicht fertig, für uns Verbesserungen herauszuholen“. Der Unternehmer verläßt den Boden des Tarifes auch nicht, wenn er mehr als den tariflichen Mindestlohn bezahlt. Zum Schluß mögen die Grünberger Kollegen und Kolleginnen noch eins bedenken: Der gewerkschaftliche Zusammenhalt am Orte und die Rührigkeit der Mitglieder, ihre Opferwilligkeit und Standhaftigkeit auch in schweren Kassen haben hauptsächlich entscheidenden Einfluß auf den Ausmaß von Lohn- und Tarifverhandlungen, geharnächte Entschädigungen haben weniger Wert.

Heidelberg. Mitgliederversammlung am 29. Februar. Gausleiter Kollege Werner referierte über den neuen Reichstarif. Er wies vor allem auf die Schwierigkeit bei den Verhandlungen hin. Die allgemeine schlechte gewerbliche Lage, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit standen einem günstigen Abschluß hindernd im Wege. Da der Schiedsgericht nur bis 31. Mai Gültigkeit hat, muß die Zeit bis dahin genützt werden. Er forderte die anwesenden Kollegen und Kolleginnen auf, den Mut nicht sinken zu lassen und durch rege Mitarbeit die Organisation zu stärken. Ferner gab er einen Beschluß der Gausleiterversammlung bekannt, die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung bis auf weiteres auszufolgen, was von der Versammlung nicht gerade mit Freude aufgenommen, sichtlich aber doch, um für den nächsten Kampf finanziell gerüstet zu sein, gebilligt wurde. In der Aussprache äußerten sich hauptsächlich die Kolleginnen zur Beitragsfrage. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten fand die Versammlung ein Ende.

## Rundschau.

Die Beugenerneuerung auf die „Solidarität“ muß für die Postbezieher sofort erfolgen. Spätestens bis 25. März ist das Abonnement bei der Post zu erneuern, sonst entziehen unnötige Verzögerungen in der Zuführung und Mehrkosten. Die Auflage unserer Verbandszeitung muß sich noch bedeutend erhöhen. Wer nur irrendem kann, muß zum Bezuge der „Solidarität“ veranlaßt werden. Unsere Leser werden gebeten, in Mitgliederkreisen für das Verbandsorgan reze und unausgeseht zu werden. In kleineren Zahlstellen sollte der Ortsvorsitzende oder Kassierer die Bestellung bei der Post für alle Leser bewirken. Für größere Orte, die das Verbandsorgan direkt von der Expedition ausgestellt erhalten, ist Voreinsendung des Zeitungsbezugsabes bis zum 1. jeden Monats unerlässliche Bedingung. Nur wenn die Auflossefrist ständig steigt, kann das Ercheinen der „Solidarität“ in ihrem bisherigen Umfange gesichert werden. Jede Mitgliederversammlung muß auch eine Werbeversammlung für unsere Verbandszeitung sein.

Neue Beiträge im Buchbinderverband sind vom Vorstand und Beirat festgesetzt worden. Sie betragen ab 30. März in der 1. Beitragsklasse 15 Pf., in der 2. Beitragsklasse 25 Pf., in der 3. Klasse 30 Pf., dann 40 Pf. und 50 Pf. und in der 6. und letzten Beitragsklasse 65 Pf. Zu diesen Beitragsklassen kommen noch die am Ort jeweilig festgesetzten Votalsbeiträge.

Die Vereinigung der Provinz-Buchdrucker und Kellungsverleger hat zu einer Frühjahrsagung am 23. März nach Berlin ihre Anhänger und Mitglieder einladen. Diese Konkurrenzorganisation des Deutschen Buchdruckervereins vereinigt hauptsächlich die Tarifgegner und will, wie sie in der Einladung zu dieser Tagung sagt, los vom Reichslohntarif und zu einer regionalen Tarifregelung übergehen. Wie das gemacht werden soll, hoffen die Herren auf der einberufenen Konferenz zu beschließen.

Der Dornschlagskampf gegen die Gewerkschaften wird von den Unternehmern in der letzten Zeit mit besonderer Fortschärfe geführt. „Gemeinlich wird die Draufgänger, die in den Verhandlungen das große Wort führen, keine Unternehmer, meist nur Beauftragte, Angestellte, die alle bemerken wollen, daß sie ihr Geld verdienen. Sie haben alle möglichen Pläne ausgedacht, wie die Arbeiter von den Gewerkschaften loszureißen sind, einmal gebekten die Herren Doktoren mit Hilfe der Betriebsräte, auf deren Dummheit sie spekulieren, zum Ziele zu kommen. Dann wieder sind es sogenannte Werksgemeinschaften, die sie an Stelle der Gewerkschaften setzen wollen. Nach der Zeitung „Der Deutsche“ hat ein Dr. Kleiner (Eberfeld) in einer Unternehmerversammlung unter lebhaftem und launenhaftem Beifall seiner Zuhörer seiner Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß die Gewerkschaften zerstört werden müssen. Vor allem müßten die Tarifverträge beseitigt und für die Gewerkschaften Werksgemeinschaften gebildet werden. Wörtlich sagte der Herr Doktor dazu:

„Meine Herren, ersuchen Sie nicht. Ich denke darunter nicht etwa an das, was manche Werksgemeinschaftenschriftsteller wollen, beiseite seine Sozialisierung, kein Eigentum. Nein! Der Arbeiter muß auf Gebeiß und Verderben, auf Leben und Tod mit dem Wert verbunden sein, trotz darauf sein, Arbeiter der Firma soundso sein zu dürfen.“

Die Betriebsräte dürfen von Unternehmerquaden weiter bestehen bleiben, der Unternehmer legt sie zusammen. „Es muß vom Arbeiter als eine hohe Ehre empfunden werden, daß ihn der Arbeitgeber in den Betriebsrat beruft.“ Die Werksgemeinschaften sollen zu Wirtschaftsverbänden zusammengeschlossen werden, die die Aufgaben der Gewerkschaften wie auch die der Unternehmerverbände übernehmen sollen. Die lokalen Wirtschaftsverbände werden zu Bezirkswirtschaftsverbänden zusammengeschlossen, und das Ganze findet seine Krönung im Reichswirtschaftsbund.

Vorkäufliche bestehen allerdings die Gewerkschaften noch und hüßen sich auch wohl bei der Segnerhaft der Unternehmer. Der gelehrte Herr wird lange warten müssen, bis sich seine Sehnsucht erfüllt. Schade um das schöne Geld, das die Unternehmer für derartige Experimente und für ihre Urheber ausgeben. Es wäre für eine höhere Bezahlung der bei ihnen beschäftigten Arbeiter besser angewendet.

Eine Tagung des Beirats der Buchbinder hat am 8. und 9. März nach eingehender Behandlung alle wichtigen vom 1. Jahresvorstand getroffenen Maßnahmen in den letzten 14 Jahren aufgegeben und ihnen beigestimmt. Auch dem Buchbinderverband ist es nicht besser ergangen als den anderen graphischen Organisationen und wohl allen Gewerkschaften in den zurückliegenden trübten Inflationszeiten. Jetzt ist Besserung und Festigung der Organisations- und Kassenverhältnisse eingetreten. Weit verzweigt und schwierig zu bearbeiten ist für den Verband der Buchbinder das Lohngebiet. Im vergangenen Jahre sind nicht weniger als 47 Lohnabschlüsse notwendig gewesen, außerdem mußte 2mal wegen Lohnstreitigkeiten vor dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Welche Zustände die Geldwertverwertung herbeiführt hat, zeigte ein vom Hauptkassierer angeführter Vorkauf: Die ganzen Einnahmen vom 3. Quartal betragen nicht einmal 11 Kupferpfennige, die als Restbestand seit einigen Monaten im Kassenfront lagerten. — Für die „Buchbinderzeitung“ ist ab 1. Mai ein verbilligtes Abonne-

ment in Aussicht genommen, weil sich die Verwaltungen dafür einsehen wollen, daß sie von möglichst allen Mitgliedern bestellbar wird. — Einen breiten Raum nahm auf der Tagung Referat und Aussprache über die Dypso in im Buchbinderverband ein. Der Verbandsvorstand ist leider gezwungen gewesen, vor einiger Zeit verschiedene Mitglieder und Funktionäre wegen ihres verbandsschädigenden Treibens aus dem Verbande auszuschließen. Der Beirat billigte einstimmig diese Maßnahme des Vorstandes und betonte in einer Entschädigung, „Mitglieder des Verbandes dürfen nicht zugleich solchen gewerkschaftlichen Organisationen angehören oder für sie wirken, die dem GGB, dem ADGB, und dem Vorstande feindsidig gegenüberstehen.“

Eine Reichswohnungsfürsorge für Arbeiter, Angestellte und Beamte wurde vom ADGB, der IFA und dem ADW am 14. März als Aktiengesellschaft gegründet, die abgezurzt „Remog“ genannt werden soll. Sie hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der gewerkschaftlichen Mitglieder auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu vertreten; da die gesetzgeberischen Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft eine Entwicklung genommen haben, die auf eine starke Befragung der Lohn- und Gehaltsempfänger hinausläuft, die Wohnungsnot nicht lindert und den Wohnungsbau völlig zum Stocken gebracht hat.

Die neue Aktiengesellschaft ist als eine wirtschaftliche Zentralfstelle sämtlicher auf dem Boden des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden Baugenossenschaften und Siedlungs-gesellschaften gedacht, die vorzugsweise die Wohnungs-fürsorge der Beamten, Angestellten und Arbeiter betreiben.

Die „Remog“ verfolgt sachungsgemäß „ausschließlich gemeinnützige Zwecke und hat zum Gegenstand die Förderung des Wohnungswesens durch Beschaffung gesunder und zweckmäßig eingerichteter Wohnungen für Beamte, Angestellte und Arbeiter. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich auf das ganze Reich.“

- Im besonderen hat sich die „Remog“ zur Aufgabe gestellt:
1. die Förderung der Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen und Siedlungswesen,
  2. die Vertretung der Interessen der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegenüber den Organen des Reiches der Länder und Gemeinden in allen Angelegenheiten des Wohnungswesens und Siedlungswesens,
  3. die Beschaffung und Erschließung von Baugelände für Kleinwohnungs-zwecke sowie dessen Veräußerung und Vergebung zum Erbbaurecht,
  4. die Beschaffung von Baufapital durch Vermittlung von Hypotheken und Zwischentritten, die Ausgabe zentraler Anteile, die Beschaffung von Bürgschaften und Baufosten-zuschüssen sowie die Organisation des Spartapitals,
  5. die Bearbeitung von Bau- und Siedlungsplänen sowie die Förderung der Normalisierung und Typisierung des Kleinwohnungsbaues,
  6. die Vermittlung und Beschaffung von Baustoffen und Bauteilen aller Art sowie die Beschaffung von Hausrat.

Die „Remog“ wurde zunächst mit einem Stammkapital von 50 000 Goldmark gegründet. Zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft wurde Stadtbaurat a. D. Dr. Ing. Martin Wagner ernannt. Die Geschäftsräume der „Remog“ befinden sich in dem neu erbauten Bundeshaufe des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, Insektstr. 6. Wir empfehlen allen Siedlern und Bauwilligen aus den Reihen unserer Kollegen, sich an die „Remog“ zu wenden, wenn sie Rat und Hilfe in allen Fragen der Wohnungs- und Bauwirtschaft benötigen.

## Zahlstelle Berlin!

Die Bureau- und Kassenstunden sind ab 1. April täglich von 9 bis 1 Uhr, außerdem Montags und Freitags von 3 bis 7 Uhr.

Am Sonnabend, den 22. März, abends 8 Uhr, im Plenarsitzungs-saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Radiofilm-Vortrag: „Im Wannenkreis der tönen den Wellen“. Eintrittskarten à 1 Mk. sind im Ortsbureau, Alte Jakobstr. 6, erhältlich.

## Abrechnungen.

In der Zeit vom 10. bis 15. März gingen bei der Hauptkasse folgende Zahlungen ein:

- Gau 2: Frankfurt a. M. 500 Mk.
- Gau 4: Rindgen 546,85 Mk.
- Gau 5: Dresden 350 Mk., Zittau 10 Mk., Zwickau 35 und 35 Mk.
- Gau 7: Potsdam 10 Mk.
- Gau 8: Magdeburg 100 Mk.
- Gau 9: Osnabrück 10 Mk.
- Gau Leipzig: 501,05 Mk.

Abrechnungen des 4. Quartals gingen ein vom Gau 4 (Rindgen).

Berlin, den 15. März 1924. H. Bodahl.

## Zahlstelle Leipzig.

Unsere diesjährige Jahres-Versammlung

findet am Montag, den 24. März, abends 1/5 Uhr, im „Pausillon“, Dresdenerstr. 20, statt.

Tagungsordnung: 1. Geschäftsbericht, a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) der Revisoren, d) der stellvertretenden, 2. Aussprache, 3. Vertagung einogangener Anträge, 4. Neuwahl des Vorstandes, 5. Verschließens.

Alle Anträge müssen bis zum 16. März im Bureau eingereicht sein. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Entsprechend der Mitgliedschaft müssen die Betriebe proportional vertreten sein. Ausweise hierzu werden in der nächsten Funktionalisierung ausgeben.

Unserer Kollegin, der Anlegarin Frieda Eichhorn zu ihrem 25-jährigen Geschäftsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegenschaft der Firma Müller u. Sohn.

Verantwortlich für Redaktion: A. Schulz, Charlottenburg, Meesdorsstraße 16. Feuilleton: Amt Westend 1328. Verlag: S. Soboh, Charlottenburg. Verlag Ausgabe 8 für Groß-Berlin: W. Klanteburg, Berlin. Druck: Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6.